

Der Wonnementspreis der Frankfurter Oberpostamts-Zeitung beträgt vierteljährlich: 1) in dem Bestellbezirk von Frankfurt fl. 2.30 fr. — 2) in dem Königreich Württemberg, den Hohenzollern'schen Fürstenthümern und dem Kanton Schaffhausen fl. 2.45 fr. — 3) in Wimpfen fl. 2.38 fr. und 4) in den übrigen Ländern des Fürstl. Thüring. und Sach'schen Verwaltungsbezirks fl. 2.30 fr. — Alle Postämter des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an; für Frankreich, England, Spanien, Portugal und die überseeischen Länder: G. A. Alexandre in Straßburg, Branderstrasse Nr. 28, und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichstraße Nr. 78a; 3) Hofcommissär G. Flory in Leipzig; 4) Oberpostsekretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsekretär Du Roy in Bremen.



1. März 1849.

Insätze für die Oberpostamts-Zeitung bestelle man an die Redaktion Portugal und die überseeischen Länder, umfassend: G. A. Alexandre in Straßburg, Branderstrasse Nr. 28, und in Paris, rue Notre-Dame de Nazareth Nr. 23; 2) das Comptoir der Verlagsbuchhandlung von L. Weyl u. Comp. in Berlin, neue Friedrichstraße Nr. 78a; 3) Hofcommissär G. Flory in Leipzig; 4) Oberpostsekretär Herrfeldt in Hamburg; 5) Oberpostsekretär Du Roy in Bremen.

# Frankfurter

# Oberpostamts-Zeitung.

## Inhalt.

Deutschland. Frankfurt (Guter Eindruck der Collectivnote. Die Welcker'schen Verbesserungsvorschläge von der Linken modifizirt). Aus Österreich (Die österreichische Presse über den Einmarsch der Russen in Siebenbürgen. Nachrichten aus Ungarn, Siebenbürgen und dem Banat). Wien (Bemerkte Nachrichten). Köln (Arbeiterbanket). Ansbach (Generalsynode). Dresden (Das Cabinet und die Kammern. Erklärung von 66 Abgeordneten). Hannover (Die Stadt Norden unbedingt für die Grundrechte). Stuttgart (Kammerverhandlungen. Neue Zeitung). Mannheim (Vollständiger Particularismus). Gießen (Eindruck d. Wahl des Herrn Professors Schmidt zum Erzbischof von Mainz). Gernsheim (Vertrauensadressen an H. v. Gagern).

Italien Kirchenstaat (Zurückziehung der öst. katholischen Truppen von Ferrara über den Po. Neuer Protest des Papstes). Frankreich. Paris (Gefandte der römischen Republik. Socialistisches Banket. Nationalversammlung. Die Revolutionstheater in Lyon. Unruhen in Bordeaux. Die Ausschließung der Beamten von der Wahlkandidatur. Das "Journal des Débats" über die preußischen Kammern). Straßburg (Die Revolutionstheater). Niederlande. Haag (Kammerverhandlungen). Nachschrift. Vorlesertheile.

## Deutschland.

AB Frankfurt, 27. Febr. Die in Nr. 49 der "Oberpostamts-Zeitung" mitgetheilte Collectivnote der preußischen und der ihr beigetretenen deutschen Regierungen hat eine doppelte erfreuliche Bedeutung. Sie macht erstlich den mancherlei bewußt und unbewußt auf einen Bruch zwischen Österreich und Preußen hinarbeitenden Deutungen der zwei allgemein gehaltenen preußischen Noten ein Ende, sie ist zweitens ein Zeichen und Beweis, daß die preußischen und die ihr beigetretenen Regierungen gemeinschaftlich zu handeln beginnen, und der Nationalversammlung einerseits zwar entgegenkommen, und andererseits aber auch von dieser ein ähnliches Nachgeben erwarten. Wir begrüßen diese Collectivnote als den ersten Hoffnungsstrahl, daß das deutsche Volk, gewarnt durch das Beispiel Italiens, die Gefahren Frankreichs, den Weg der Mäßigung wieder betreten, eine Einheit, wie sie ohne Ausschließung Österreichs möglich und wünschenswerth ist, erstreben und dem Jahre 1848 lieber einen Fortschritt als einen Sprung verdanken werde, der es möglicherweise zu schlimmeren Zuständen führen könnte, als die vor 1848 waren.

RC Frankfurt, 28. Febr. Bekanntlich haben Herr Welcker und seine Freunde behufs einer Coalition ihren sogenannten "großdeutschen" Verfassungsentwurf der Linken zur Kenntnahme und Berücksichtigung überreicht. Dem letzten Anliegen ist seitens der Linken im Donnersberg, Deutschen Hof und Westendhall insofern entsprochen, als dieselbe jenes opus ebenfalls einer aus ihrer Mitte gewählten Commission zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen hat. Auch die Letztere hat bereits der Aufgabe entsprochen, und so weit uns bekannt worden, der nichtsagenden Fassung des großdeutschen Entwurfs bezüglich der §§ 2 und 3 des Reichs:

"Steht mit einem deutschen Staate ein außerdeutsches Land in politischer Verbindung, so darf diese der Durchführung der deutschen Reichsverfassung und Reichsgesetzgebung in dem deutschen Staate keinen Eintrag thun."

Ihre Zustimmung erhielt, die Fassung also, wie sie in der ersten Lesung angenommen:

"Kein Theil des deutschen Reiches darf mit nicht-deutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein" und "hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so ist das Verhältniß zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen". Im Übrigen hat jener Ausschuß der Linken a) bezüglich des Heerweises die Bestimmungen der ersten Lesung, jedoch mit der Modification festgehalten:

"dass es Österreich unter Berücksichtigung seiner eigenthümlichen Verhältnisse gestattet sein soll, seine Beiträge zur Kriegssflotte durch Schiffe und Material zu stellen;"

b) betreffend die auswärtige Vertretung, die nach der ersten Lesung ausschließlich der Reichsgewalt zusteht, und statt dessen der großdeutsche Verfassungsausschuß in geistiger Weise disponirt:

"die Regierungen der einzelnen deutschen Staaten haben nicht das Recht, für diese ständige Gesandte und Consuln anzunehmen oder zu halten"

das Wort "ständig" gestrichen, dagegen die Worte "für diese" beibehalten und schließlich verlangt:

"dass in allen übrigen Punkten der Reichsgewalt das ausschließliche Recht der Gesetzgebung und Organisation zugesprochen werde"

c) Die Zusammensetzung des Staatenhauses wird nach dem großdeutschen Verfassungsentwurf, aber mit der Maßgabe angenommen:

"das sämmtliche Mitglieder desselben von den Kammern der einzelnen Staaten ernannt werden müssen. Endlich d) ist der Vorschlag:

"die Reichsregierung muß eine zwischen Preußen und Österreich von drei zu drei Jahren wechselnde Reichstatthalterchaft und sechs Mitgliedern, zu denen Österreich einen, Preußen einen, Bayern einen, Württemberg, Baden und die beiden Hohenzollern einen u. u. ernennen,"

mit dem Zusage angenommen:

"dass der Reichstatthalter seine Stelle persönlich einnehmen müsse."

Ob bei diesen gegenseitigen Anforderungen die wenigstens von einer Seite so sehnlich erwünschte Coalition zu Stande kommen wird, ist eine Frage, welche die nächste Zukunft und das Cabinet in Olmütz entscheiden wird.

Aus Österreich, 23. Febr. Ein leitender Artikel des "Lloyd" vom 22. Febr. sieht das Einrücken der Russen in Siebenbürgen als "eins jener Ereignisse an, welche bloß darum Bedeutung haben, weil sie Bedeutung zu haben scheinen." Es liege aber hinter diesem Scheine keine Neutralität. "Vielleicht, daß französische Blätter in einigen Tagen uns sehr scharfsinnige Artikel über die Neugestaltung der politischen Verhältnisse Europas bringen, welche sie mit jenem Ereignisse in Verbindung sezen, gewiß, daß der Theil der deutschen Presse, welcher republikanischen Tendenzen huldigt, die Begebenheit in seinem Sinne ausbeuten wird, nichtsdestoweniger hat sie keine politische Bedeutung. Die Truppen Russlands werden seiner Zeit sich zurückziehen, wie sie gekommen sind, ohne daß jene Macht sich irgend ein anderes Unrecht auf Österreich erworben hat, als den Dank derseligen, deren Eigenthum ihre Truppen vor dem Brände, deren Leben sie vor dem Morde durch eine zahlreiche Horde wütender Desperados geschützt haben."

Die "Presse" sieht in dem Einrücken der Russen in Siebenbürgen ein Ergebnis der Notwendigkeit des Augenblicks. Ein Blick auf die geographische Lage und die Stellung der kaiserlichen Truppen unter General Puchner macht beinahe jeden weiteren Commentar überflüssig. Die feste, nahezu unangreifbare Stellung Bem's, der von den offenen Straßen aus Ungarn täglich Zuwachs erhielt, die Nähe Hermannstadts, das bei jedem Angriffe auf Bem's Corps der Gefahr der Umgebung preisgegeben war, die Empörung der 15,000 Mann starken Szekler im Osten und der Nähe Kronstadts, welche der kaiserlichen, kleinen Armee den Rückzug abschneiden, ja dieselbe mit einem Angriff im Rücken bedrohen konnten, habe das Herbeiziehen der Russen unabwischbar gemacht. Der Schluß auf ein Bündnis Österreichs mit Russland aus diesem einzelnen Factum ist voreilig. Beide Länder müssen auf freundshaftlichem Fuße mit einander stehen, und einem so mächtigen Nachbar, wie Russland ist, sich entgegenzustellen, wäre in Österreichs gegenwärtiger Lage zum mindesten unlug. Die Russen standen an der Grenze, und zwar aus Gründen, die man nicht weit zu suchen braucht, sie konnten möglicherweise den eignen Boden durch einen Einfall bedroht sehen. — Anders die "Allgemeine österr. Zeitung", die ihnen die Herabsetzung der Russen behandelnden Artikel mit dem Sage schließt: "Der Nachtheit, der uns daraus erwachsen könnte, läßt sich vermindern, wenn die Regierung die fremde Armee sofort entfernt, wenn sie jede weitere Verbindung mit den Russen abbrikt. Wenn Österreich wirklich in Gefahr ist, wenn es sich genötigt sieht, für seinen Fortbestand zum Alauisten zu greifen, dann wende es sich an den Patriotismus seiner Söhne, sie werden es mit ihrem kräftigen Armen schützen, mit ihrem Herzbute verteidigen; was ein für sein Vaterland mit Begeisterung kämpfendes Volk zu bewirken vermag, das wird alle Heldenhaten der Fremdlinge weit überflügeln; wir wollen ein starkes, einiges Österreich aber — ohne Russen." (D. A. 3.)

Nachrichten aus Pest vom 20. Febr. zufolge hat Feldmarschall-Vieutenant Schlik die Tete der Hauptarmee erreicht und steht somit in ungefährdeter Communication mit dem Hauptquartier. Dagegen sollen sich auch die Corps der Insurgentenhefs Görgey\*) und Dembinski vereinigt haben und eine Schlacht anzunehmen entschlossen sein. Ein Hauptschlag dürfte also in Bálde fallen. Wird das Malcontentenheer geschlagen, so ergibt sich Komorn ohne Schwerpunkt, die Rebellen retiriren nach dem nordöstlichen Ungarn und vielleicht vor Munkacs geht im Laufe dieses Sommers die blutige Tragödie "Kossuth" zu Ende. In wenigen Tagen wird es höchstwahrscheinlich uns leicht sein, einen interessanten Correspondenzartikel zu liefern. Über das Schicksal Szegedin's wird noch immer kein Bulletin ausgegeben. Es lässt sich daher vermuten, daß der entschlechte Kampf noch immer mit aller Furi des Nationalhauses

\* Görgey's Heer soll 9000 Mann zählen, darunter 1 Bataillon Grenadiere, 1 Bataillon Eise Infanterie, 2 Bataillone Basa und 7 Divisionen Husaren, ferner einen Artilleriepark von 30 Kanonen und 12 Haubitzen.

geführt werde; vac viatis! — In der Osener Pfarrkirche wurde ein glänzendes Te Deum zur Feier der Thronbesteigung Sr. Maj. des Kaisers Franz Joseph von dem hiesigen Bischof abgehalten. Alle Edelleute des Comitats, sämmtliche Beamte und Honoratioren, ingleichen das hier liegende Militär, hatten sich zu dieser Feierlichkeit eingefunden und strotzte die Kirche von Gold und Schimmer. Das Tolnaer und Baranya Comitat, ingleichen die bekannten Berg- und Freistädte Kremnitz und Königsberg haben bereits ihre Huldigungsacte pflichtgemäß unterbreitet.

Im Banate machen die Serben siegreiche Fortschritte, doch Raub und Brand bezeichnen ihre Spuren und viele ungarische und deutsche Ortschaften mußten es schrecklich büßen, daß sie es gewagt hatten, Sympathien für die Sache der Ungarn an den Tag zu legen. Bombor, eine bedeutende Handelsstadt, ist zum Theil in Flammen aufgegangen, indem die Serben alle jene Häuser in Brand stießen, deren Eigentümer sich vor dem an der gegen sie von den Ungarn in Anwendung gebrachten standrechtlichen Behandlung befehligt hatten.

Nähere Details aus Siebenbürgen über das Treffen bei Salzburg berichten, daß die Magyaren zuerst den Kampfplatz verließen, dann aber größtentheils dem walachischen und sächsischen Landsturm in die Hände fielen. Die Wiener Legion, bestehend aus Mitgliedern der früheren Wiener akademischen Legion und Mobiltgarde, und die Polenlegion wehrten sich verzweiflungsvoll. Erstere wollte sich dem sächsischen Landsturme durchaus nicht ergeben und wurde bis auf den letzten Mann niedergehauen.

Die Sachsen in Siebenbürgen haben eine Deputation nach St. Petersburg abgesendet, um dem Kaiser von Russland für den Einzug der russischen Truppen in Hermannstadt und Kronstadt zu danken. (L.)

+ Wien, 24. Febr. Das dem Abgeordneten Schuselka zugeschriebene, bereits gestern erwähnte Misstrauensvotum wird vorsichtig nicht zu Stande kommen. Als sich eine Versammlung von Wahlmännern in Sechshaus bilden wollte, um dasselbe zu veranlassen, erklärte eine bei weitem größere Anzahl von Wahlmännern, daß sie für diesen Fall ihrerseits Schuselka eine Dank- und Vertrauensadresse votiren würden; weshalb denn erstere Versammlung unterblieb. — In der gestrigen Nacht wurde das Comptoir der "Wiener Zeitung" erbeogen und daraus nebst Cautionen und Obligationen an baarem Gelde 3000 fl. entwendet. — Auch verlautet, daß heute Nacht abermals ein Wachposten mehrlings verwundet worden sei. Überhaupt sind nun Diebstähle, gewalttame Einbrüche und Attentate gegen das Militär seit dem Belagerungszustande an der Tagesordnung, während man früher in dem gemütlichen Wien von ersten Fällen selten, von letzteren niemals hörte. — In den letzten Tagen kam hier die erste Civilie vor. Der bürgerliche Schuhmacher Lewisch in der Leopoldstadt hat sich aufs Neue verehlicht, trotzdem seine erste Gattin, von der er sich scheiden ließ, noch am Leben ist. Die unteren Volksklassen, die viel von dieser hier neuen Erscheinung sprechen, nennen sie eine constitutionelle Ehe.

Auf eine in einem Privatbrief eines Ministers entwickelte Ansicht hin thut das Landespräsidium in Graz fund, daß jeder einzelne Student, der sich einer politisch verdächtigen Handlung schuldig mache, und wenn es mehrere sind, die ganze betreffende Abtheilung von den Studien ausgeschlossen werden würde, so wie daß das Tragen auch einer Spur der Legionkleidung und jeder auffallenden Kleidung überhaupt verboten sei. — Auf dem Lande in Steiermark sind, wie dem "Const. Bl. a. B." geschrieben wird, ebenfalls auf amtlichem oder geheimem Wege, d. h. unter der Privatadresse des betreffenden Beamten diese angewiesen, die Verbreitung der von den Abgeordneten mitgetheilten Beschlüsse des Frankfurter Parlaments möglichst zu unterdrücken.

Köln, 26. Febr. Vorgestern, an dem Jahrestage der französischen Revolution, wurde hier im Eiser'schen Saal zur Feier jenes Ereignisses ein sehr zahlreich und selbst von einigen Frauen besuchtes Banket abgehalten. Rote Mützen und Bänder spielten dabei eine Hauptrolle. Unter den Rednern zeichnete sich besonders der Abgeordnete Gladbach durch seine donnernden Reden gegen das Haus Hohenzollern, den Grafen Brandenburg u. a. aus. Zahlreiche Patrouillen durchzogen an jenem Abende, sowie am gestrigen Tage die Straßen. — Der Abgeordnete Borchardt wird wegen seiner in Berncastel entdeckten Correspondenz mit dortigen Einwohnern verfolgt, konnte aber bisher nicht aufgefunden werden. (R. 3.)

Ulm, 22. Febr. Heute wurde die Generalsynode durch einen feierlichen Gottesdienst geschlossen. Aus den letzten Sitzungen sind folgende Beschlüsse nachzutragen: 1) In Bezug auf die Einführung eines neuen Gesangbuchs wurde beschlossen, daß die allgemeine Einführung eines solchen — als in der jetzigen Zeit nicht räthlich — zu unter-

lassen sei. Der von dem Ausschuss vorgelegte Entwurf wurde verworfen und zugleich ausgesprochen, daß derselbe auch neben dem bisherigen Gesangbuch nicht gebraucht werden solle. Sind zwei Drittheile der Mitglieder einer Gemeinde für Einführung eines neuen Gesangbuchs, so soll dieser zwar die Einführung gestattet sein, das einzuführende Buch muß aber vom Oberconsistorium geprüft und seine Einführung genehmigt werden. 2) Die Trennung der Schule von der Kirche betreffend, wurde beschlossen, daß gegen dieselbe zu protestieren sei. Der Kirche müsse das Aufsichtsrecht unter Berücksichtigung der Stellung der Lehrer zur Schulcommission und Inspection nothwendig zustehen. Im Falle wirklicher Trennung der Schule von der Kirche sollen Confessionsschulen errichtet und diese vom Staate unterstützt werden; die Zuschüsse aus den Kirchenstiftungen zu den Schulen sollen aufhören und die Kirchendienerstellen mit den Schulstellen nicht mehr verbunden werden. Die Verbesserung der Lage der Lehrer kam gleich hierach zur Sprache, und diese, wie die vollständigere Ausbildung der Lehrer, dann die theoretische und praktische Vorbildung der Geistlichen für die Schule wurden als besonders nothwendig erachtet. Die Meldungen um erlebte Lehrerstellen sollen in Zukunft den treffenden Gemeinden zur Erinnerung mitgetheilt werden. (N. C.)

Dresden, 25. Febr. Von einer Kammer aufgelöst, schreibt die "D. Allg. Ztg." scheint das neue Ministerium vorerst abschaffen zu wollen. Gestern Morgen haben die Staatsminister Dr. Hels und Dr. Weinlig mit den Präsidenten beider Kammern eine Unterredung gehabt, wobei Erstere dem Vernehmen nach die Hoffnung ausgesprochen hätten, daß die Kammern das neue Ministerium wohl unterstützen würden. Die Antwort des Präsidenten Hensel soll gewesen sein, nur in dem Falle, wenn das Ministerium die wesentlichen Grundsätze derselben zu den seinen machen wolle. Uebrigens hört man, daß das neue Ministerium nichts weniger als illiberale Ansichten geäußert habe. Bei alledem glaubt man doch nicht, daß das neue Ministerium lange wird mit den jüngsten Kammern gehen können. Die von 66 Kammernmitgliedern erlassene und von dem Vicepräsidenten Tschirner verfaßte Ansprache an das Volk, gleichsam die Antwort auf die Erklärung der abgetretenen Minister, lautet:

„Das Volk! Als das Ministerium Braun sein offenes Wort erließ und sich damit in schneidenden Widerspruch mit dem Wort eines Ministers setzte, „daß das sächsische Volk keinen deutschen Bruderstamm an Freiheitsrechten nachsuchen sollte,“ hat das Volk ihm geantwortet durch seine Wahlen. Hofften die Minister nach diesen noch auf eine dauernde Majorität in den Kammern, so war dies nur dadurch möglich, daß sie den Forderungen des Volks, welche es durch seine Vertreter zu erkennen gab, sich näherten. Dies haben sie nicht gethan. Ein Ministeramt erwirkt vor selbstständigen Männern keine Majorität durch persönliches Erscheinen, sondern durch Grundsatz und Handlung. Hätten die Minister vor vier Wochen bei der damaligen Krise erwartet, daß die Kammern von ihren Grundsätzen nachlassen würden, so wäre diese Voraussetzung eine Beleidigung gewesen gegen die Abgeordneten und das Volk, das sie gewählt. Dennoch haben die Kammern, da es einige Fragen der Zeit gab, in denen sie Minister mit den Kammern Hand in Hand geben zu können schienen, diese mit den Ministern lösen wollen. Es hat dies nichts gefruchtet. Die Minister sind gegangen und haben ihre Wirksamkeit mit einem Zuruf an das Volk beendet, welcher Zweitacht zu säen geeignet ist zwischen diesem und seinen Vertretern. Die Minister haben den wahren und eigentlichen Grund ihres Rücktritts verschwiegen. Sie sind nicht deshalb abgetreten, weil sie überhaupt nicht die Majorität hatten — denn wenn es sich hierbei um unwesentliche Fragen handelt, zieht sich noch keine parlamentarische Regierung zurück — sondern deshalb, weil sie die Majorität nicht hatten bei einem Hauptgegenstande, bei der Publication der deutschen Grundrechte. Die Mehrheit der Kammern verlangte deren sofortige Bekanntmachung, während in dem königl. Decr. te die Publication der Grundrechte erst dann in Aussicht gestellt ist, wenn von den Staaten, welche das deutsche Reich bilden werden, die darin befindlichen größern Nachbarländer Sachsen sie ebenfalls angenommen haben würden. Der Minister des Innern, der auch das fragliche Decr. nicht mit unterzeichnet, hat als Abgeordneter der ersten Kammer gleichfalls für sofortige Publication der Grundrechte gestimmt, und dabei erklärt, wie er st. dieser Ansicht gewesen sei; es ist von ihm aber noch den Tag vor seiner Abstimmung bei den Deputationsverhandlungen, denen er als Regierungscomm. für beigewesen hat, eröffnet worden, daß er nicht wisse, ob das Gesamministerium ihm bepflichtet werde, daß es jedoch sein fester Wille sei, so zu stimmen, es komme was da wolle. Seine Meinung hat jedenfalls im Gesamministerium nicht Geltung gefunden, und sämtliche Minister, die, obgleich sie nicht auf einer und derselben politischen Stufe gestanden, doch solidarisch zusammengehalten haben, sind ausgetreten. Auch aus andern Auswirkungen einzelner Minister ist die nothwendige Folgerung hervorgegangen, daß es die Frage weg in der Grundrechte gewesen ist, welche das frühere Ministerium zum Rücktritt bewogen hat. Diesebe Ministerkrise wie bei uns, rufen die Grundrechte in Bayern und Hannover hervor, und doch sind sie ein Eigentum des Volkes, das ihm von keinem Fürsten mehr vorenthalten werden kann! Sollte das neue Ministerium sie bringen, so hätte man offenbar nur ein Mitglied des alten opfern wollen, einen Mann, welchen die Reaction, so lange er Minister war, am meisten hörte und fürchtete, der aber nicht die Kraft besaß, mit derselben Selbstständigkeit, mit der er in dieser Frage seinen Collegen im Ministerium entgegengesetzt, offen vor das Volk hinzutreten. Die Mehrheit der Kammern, der ebenso wie den abgegangenen Ministern Zustimmungsschreiben von allen Theilen des Landes zugekommen sind, wird auch vor der sofortigen Publication der Grundrechte durch welche übrigens unbeschränkte Freiheit und allgemeine Gewerbefreiheit noch keineswegs in Wirksamkeit tritt, unter keinen Verhältnissen abstehen; sie wird fortfahren, die Grundsätze der Demokratie zur Verwirklichung zu bringen, und erwartet, daß eine Regierung, die mit dem Volke gehen will, hierin nicht zurückbleibt. Das Ministerogramm vom 16. März 1848 enthielt nur Anfangsgründen dazu, und die darin aufgestellten Grundsätze gehörten bereits dem Volke, ehe die Minister berufen wurden; das Volk selbst hatte sie sich schon geschaufen. Die Zeit ist gegenwärtig aber weiter vorgeschritten, und die Faktoren der Gesetzgebung müssen ihr sich fügen.“

Hannover, 24. Febr. Von dem Bürgerverein und dem Magistrat der Stadt Norden ist eine energische Erklärung an die Ständeversammlung erlassen, „daß die Stadt Norden die Grundrechte des deutschen Volks als ihr Eigentum in Anspruch nehmen und fest daran halten werde.“ — Der Abgeordnete dieser Stadt, der sich zu den Feinden der Grundrechte gesellte, Jan ten Doornkaat-Koolmann, hat die Aufforderung erhalten, sein Mandat in die Hände der Wähler zurückzugeben, deren Vertrauen er mißbraucht habe.

○ Stuttgart, 27. Febr. In der Kammer der Abgeordneten wurde heute die Berathung über den Entwurf des Kammerguts fortgesetzt. Im Jahr 1845—46 betrug der Werth des zur Verföhlung bestimmten Holzes durch

Recorde 211,621 fl., und durch Selbstverwaltung 16,035 fl. Gegen diese Unternehmungen von Staatsföhleren sprachen Zwerger und Pulvermüller. Die Verwaltungskosten für das Forstwesen im Allgemeinen werden zu 340,759 fl. veranschlagt und genehmigt, und nach dem Commissionsantrag beschlossen, die Staatsregierung um baldige Vorelagen in Betreff der Neorganisation des Forstwesens zu bitten. Dieses erfordert nach der gegenwärtigen Einrichtung das starke Personal von 854 Mann, unter welchen die niedern Diener, wie die Forstwärte, gar spärlich besoldet sind, weshalb die Kammer erklärte, einer höheren Erigenz dieser Gehalte entgegenkommen zu wollen. Die noch geringer gestellten Waldshügeln, die in Zukunft auch keine Anbringegebühren zu beziehen haben, dürfen sich nach dem Antrag Schmückle's derselben Geneigtheit der Kammer erfreuen. Im Jahr 1847—48 wurden 336,050 Klafter Holz gefällt. Mit seinem großen Waldeigentum in einer Hand und durch sein zum Verkauf gebrachtes Erzeugnis beherrscht der Staat den Markt, und äußert durch seine Maßregeln stets den größten Einfluß, ungeachtet der Besitz anderer Eigentümer den seines übersteigt. Der Reinertrag aus den Jagden war früher zu 22,772 fl. vorangeschlagen, zufolge des Gesetzentwurfes wegen Beschränkung des Jagdrechts der Staatsfinanzverwaltung wurden nur 8000 fl. in den Jagdfinanzetat aufgenommen und genehmigt. Im Lande bestehen gegenwärtig vier Staatsholzgärten, worunter einer zu Stuttgart, welcher mit einem baaren Betriebscapital von 115,000 fl. ausgestattet sind. Die Ungunst der Abgeordneten richtete sich zunächst gegen den Stuttgarter Holzgarten, und die Kammer erklärte sich auf Zwerger's Antrag für Aufhebung sämtlicher Holzgärten vom nächsten Etatsjahr an. — Von der Mitte des nächsten Monats soll hier eine neue Zeitung erscheinen, deren sich die Regierung als ihres Organes bedienen wird. Wenn das Ministerium bisher es gänzlich verschmäht hat, durch die Presse irgendwelchen Einfluß auszuüben, ja, wenn dasselbe gegenüber der Ständeversammlung, sei es aus allzuängstlicher Gewissenhaftigkeit, oder aus fast verlegender Schroffheit, einen Grad von Zurückhaltung beobachtet hat, der zwar jeden Schein von Parteinaufnahme verhindert, aber oft auch die Kammern mitglieder in vollkommener Ungewissheit über die Regierungsmäßregeln ließ, so scheint jetzt das Ministerium die Überzeugung gewonnen zu haben, daß es sich bei freier Presse auf die Länge nicht regieren läßt, ohne zugleich sich derselben als einer offenen und redlichen Waffe zu bedienen. Hätte freilich diese Ansicht früher durchgedrungen, so wären auch bei uns viele Hindernisse nicht entstanden, viele Missverständnisse durch offene Belehrung gehoben worden. Der äußerste Zeitpunkt, um das Volk über seine wahren Interessen aufzuklären und einer das Recht weit überschreitenden Agitation zu entheben, ist jetzt gekommen, wo die Wahlen zu einer sog. constituirenden Versammlung vor der Thüre sind. Schon längst ist dies Bedürfnis eines drängt und fästlich redigirten Volksblattes gegen das Ministerium ausgesprochen worden, und mit mancher Erwartung sieht man dem Erscheinen eines solchen Organs entgegen.

○ Mannheim, 26. Febr. Sie werden es kaum glauben, wenn ich Ihnen sage, daß man Leute, die Anspruch darauf machen, conservativ zu sein, und es ihrer Stellung nach auch sein sollten, jubeln hört über die Aussicht, das „preußische“ Einigungswerk gestört und Baden in dem Besitz der „Selbstständigkeit“ erhalten zu sehen. Solche Stimmen vernehmen ich hier, und es hat nichts gefruchtet, darauf hinzuweisen, daß einmal Österreich — denn von ihm datiren diese Politiker den eingetretenen Umschwung — damit begonnen hat, die badische Selbstständigkeit zu ignorieren und sich lediglich an die Könige zu wenden und daß zum Andern der Beifall, welchen die Linke der österreichischen Erklärung vom 4. Febr. zollt, mindestens den Werth derselben verdächtig machen sollte. — Ja, es scheint so zu sein: noch gibt es kein einiges Deutschland! Die jetzige Generation ist dessen nicht werth. Das Einzige, was uns aus der schwierigen Lage retten kann — Logit! ist nur auf Seiten der republikaner, und in der That wird es mich nicht verwundern, wenn im März, für dessen zweite Hälfte eine neue und allgemeine Erhebung vorbereitet wird, ein ausbrechender Aufstand nicht ohne Erfolg bliebe. Gelingt der Putsch aber vorerst auch nicht oder unterbleibt er völlig, so wird der republikanische Waizen um so besser feiern und blühen, wenn man einmal den Unsin, auf den man auszugehen scheint, verwirkt und den Bund restaurirt haben wird mit kleinen zum Wühlen herrlich geeigneten Repräsentativverfassungen in den einzelnen „souveränen“ Staaten und einer quasi-monarchischen Spize durch ein Directorium. Der Widerspruch, der in die Institutionen kommen muß, kann nur zum Nachtheil derer ausgeschlagen, die damit jetzt sich zu retten hoffen. Einem Scheinbild von zu conservirender monarchischer Macht nachjagend, werden sie der Wirklichkeit der siegenden Demokratie erliegen. — Der große Irrthum in Olmuz scheint der zu sein, daß man noch immer das conservative Element in der monarchisch-dynastischen Idee sucht, und daß, während dieselbe für den Kaiserstaat noch den festesten Kitt bilden mag, im übrigen Deutschland die nationalen Gedanken überwiegend geworden sind und das einzige Gebiet umschließen, auf dem man noch an Erhaltung denken kann. Man behauptet, daß Österreich die Lage Deutschlands zum Gegenstand von Besprechungen mit Frankreich — daher wohl auch mit den übrigen großen Höfen — gemacht habe, und zwar in der Weise, daß man Frankreich gesagt habe, es werde damit einverstanden sein, daß eine Aenderung des dermaligen Bestandes der Dinge in Deutschland nicht eintreten dürfe. Von französischer Seite habe man natürlich mit Freuden ja! gesagt. Dadurch wird man auf die Frage geleitet: wie weit die europäischen Verträge überhaupt in Bezug auf Deutschland in Betracht kommen? Im Art. VI des ersten Pariser Friedens von 1814 heißt es: les etats de l'Allemagne seront indépendans et unis par un lieu fédéral. Das erste, indépendans, bezieht sich auf den Territorialbestand, an den die Nationalversammlung sich nicht gewagt hat, während dagegen das österreichische Project der Kreiseintheilung allerdings als ein

Attentat gegen diesen garantirten Zustand betrachtet werden kann. Das zweite, der Verband durch einen Bund, ist aber lediglich innere Angelegenheit, und die Aufnahme der alten Bundesakte in das Wiener Congres-Instrument kann unmöglich ein rechtliches Hinderniß in der freien Selbstbestimmung der verbündeten Staaten abgeben. Wenn Österreich gleichwohl die deutschen Verhältnisse zum Gegenstand von Besprechungen mit den übrigen großen Mächten gemacht hat, so kann es wohl nur deshalb geschehen, um der freien Selbstbestimmung Deutschlands in der Verfassungsangelegenheit auch von dieser Seite Schwierigkeiten zu bereiten.

○ Gießen, 27. Febr. Die Wahl des Professors Schmid zum Bischof von Mainz hat hier allgemeine Freude erweckt und gereicht unter den gegenwärtigen Umständen gewiß dem dortigen Domkapitel zu nicht minder Ehre, als vor einigen Jahren dem Domkapitel zu Breslau die Wahl des Bischofs Diepenbrock. Beide sind geistesverwandte Männer, die auch schon seit lange in näherem freundschaftlichen Verkehre stehen. Als Theolog und christlicher Philosoph ist Schmid einer der geachteten in Deutschland; sein Standpunkt ist der streng katholische, der aber nicht bloß Dogmen und Schulmeinungen wohl zu unterscheiden versteht, sondern auch von der Höhe der universellen, katholischen Idee aus die Schröffheit der Gegenfälle in einer Weise zu vermittelnd bemüht ist, die der Friedensfistenden Aufgabe des Christenthums wahrhaft entspricht. Mit bedeutendem speculativen Talent und umfassender, namentlich patristischer und scholastischer Gelehrsamkeit verbindet derselbe eine tiefe Einsicht in die Lage der Zeit und die Bedürfnisse der Gegenwart, zugleich aber auch eine hohe Willensenergie und Charakterfestigkeit und außerdem noch eine seltene praktische Gewandtheit, besonders in der Geschäftsführung, wie dieses unter andern seine Verwaltung des Rectorats an der hiesigen Universität bewies. Welche Achtung ihm hier, wie überall, wo er sich früher aufhielt, gezollt wird, ist nicht zu sagen; bei seinem höchst zurückgezogenen, nur den Studien gewidmeten Leben ist diese ihm von Hoch und Niedrig, vor Allem aber von seinen Zuhörern entgegenkommende Verehrung und Zuneigung um so merkwürdiger, als kein Mensch weniger thun kann, wie er thut, um Ehre und Gunst zu erwerben. Darum wird auch seine Wahl bei der ganzen jüngeren Geistlichkeit, nämlich derseligen, die seit zehn Jahren auf der hiesigen Hochschule ihre Bildung empfing, und nicht minder bei dem bei weitem größern Theile der ältern, der die Gesinnung des verstorbenen Bischofs Kaisertheile, den freudigsten Anfang finden. Das Geschrei, welches dagegen einige Schmugelblätter, wie das „Mainzer Journal“, schon sofort nach der Wahl erhoben und noch fernerhin zu erheben drohen, wird wirkungslos verhallen, wie es denn auch nur von wenigen, sehr bekannten Personen ausgeht und gleich anfangs schon mit Argumenten unterstüzt ward, die jeder Einsichtsvolle und Wohlmeinende zu würdigen weiß, ohne daß sie einer Widerlegung für ihn erst bedürften.

Gernsheim, 24. Febr. In den letzten Tagen sind auch von hier und andern Orten der Umgegend, namentlich von Großrohrheim, Wattenheim, Nordheim, Hahn, Eich und Eschollbrücken, Ergebenheits- und Dankadressen an Heinrich v. Gagern nach Frankfurt abgegangen. In einer Zuschrift an den Ministerpräsidenten heißt es unter andern:

„Die Versuche einiger Wöhler, welche unlangt, insbesondere noch einer Volksversammlung zu Auerbach, ein Misstrauensvotum an Sie hervorufen wollten, sind missglückt. In unserm Wahlkreis hat man mit Indignation die Anmutungen zurückgewiesen, welche darauf gerichtet waren, daß feste Vertrauen der Bewohner unserer Gegend in die Wirklichkeit eines Mannes zu erschüttern, den wir schon lange wegen seiner hochherzigen, ächt deutschen und edlen Handlungswise innig verehren. Mit wahrer Freude erfüllt uns die wiederholte Wahl unseres Abgeordneten zum Präsidenten der Nationalversammlung, den wir vertrauungsvoll nunmehr an der Spie der Geschäfte der deutschen Centralgewalt sehen.“

In ähnlichem Sinn sind alle Adressen abgefaßt. Die Zahl der Unterschriften — aus allen Ständen — beläuft sich auf nahe an 500. (Darmst. 3.)

## Italien.

Kirchenstaat. Nachdem die Stadt Ferrara alle Bedingungen erfüllt hatte, welche der österreichische General Haynau, der an der Spitze eines 10,000 Mann starken Corps stand, verlangt hatte, haben sich die Österreicher wieder über den Po zurückgezogen. Die Verträge von 1815 geben Österreich befählich das Recht, nicht nur die Citadelle von Ferrara besetzt zu halten, sondern auch in die Stadt (la place) eine Garnison legen zu dürfen. Österreich hat daher, wie es scheint, zeigen wollen, daß es an diesem Rechte festhalte, die Souveränität des Papstes zu schützen bereit sei und seine Armee nicht ungestraft beledigen lassen will. Eine formelle Intervention zu Gunsten des Papstes scheint aber noch nicht eingetreten zu sein.

Der neue Protest des Papstes nennt das Decret der römischen Constituente vom 9. Febr. einen Act, welcher sich dem Anblick der Welt mit dem vielseitigen Charakter der Unrechtmäßigkeit, der Unanständigkeit, der Thorheit und der Impietät darstellt. Der Papst wendet sich mit seiner feierlichen Protestation gegen dieses Decret an die Vertreter der dem heiligen Stuhle befürworteten Mächte und Regierungen, damit diese bei ihren respectiven Höfen und Regierungen denselben wiederholen möchten. Pius IX. fährt dann also fort: „Da unsere Unterthanen durch die Bemühungen immer derselben frechen Fraktion, welche der menschlichen Gesellschaft unheilbringende Feindin ist, in den tiefsten Abgrund jedes Elendes gesetzt sind, so heilen wir als weltlicher Fürst und mehr noch als Haupt- und Oberpriester der katholischen Religion die Klagen und Bitten des größten Theiles der genannten römischen Unterthanen mit, welche verlangen die Ketten gelöst zu sehen, die sie unterdrücken. Zugleich verlangen wir, daß das heilige Recht der zeitlichen Herrschaft dem heiligen Stuhl erhalten werde, in dessen rechtmäßiger Besitz er durch die allgemeine Anerkennung aller Jahrhunderte sich befindet; daß das Recht, welches in dem jetzigen Plane der Vorsehung für die freie Ausübung des katholischen Apostelactes dieses

heiligen Stuhles notwendig und unerlässlich ist. Das lebhafte Interesse, welches sich auf dem ganzen Erdkreis zu Gunsten unserer Sache geltend macht, ist ein glänzender Beweis, daß diese die Sache der Gerechtigkeit ist, und deshalb wagen wir nicht zu zweifeln, daß sie nicht mit der ganzen Sympathie und mit dem ganzen Interesse der betreffenden Nationen, welche Ihr repräsentirt, werde aufgenommen werde."

\* **Turin**, 21. Febr. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer kündigte Rattazzi an: der König habe Gioberti's Abdankung angenommen. General Chiodo ist provisorisch mit dem Portefeuille des Außen- und der Conseilspräsidenschaft beauftragt. — Die Nachricht von dem Einrücken einer piemontesischen Armee in Toscana hat sich nicht bestätigt. Mit dem Rücktritt Gioberti's ist auch das Vorhaben einer Intervention aufgegeben worden.

### Frankreich.

\*\* **Paris**, 26. Febr. Die römische Republik hat zwei Gesandte hierher geschickt, um dem Präsidenten der Republik die Proklamation der römischen Republik kund zu machen. Wie man hört, hat Louis Napoleon sich geweigert, dieselben in ihrer offiziellen Eigenschaft zu empfangen.

Das gestrige Banket im Fraternitätsaal, von welchem wir bereits berichteten, ist sehr ruhig vorübergegangen. Es dauerte bis gegen 7 Uhr und gab Hrn. Ledru-Rollin, Pierre Leroux und Genossen Gelegenheit, vor den anwesenden viertausend Gästen einige Reden in dem bekannten Hellsroth zu halten und demokratisch-sociale Toaste auszubringen. Zu einer Ruhestörung kam es auch nicht im Mindesten.

Die Nationalversammlung fuhr in ihrer heutigen Sitzung in der Berathung des Wahlgesetzes fort. Die Berathung war ohne besonderes Interesse.

In Lyon fand die Revolutionsfeier des 24. Februar in der Kirche St. Jean statt. Bugeaud wohnte mit seinem ganzen Generalstabe derselben bei. Die Stadt blieb ruhig.

Aus Anlaß der Erwähnung dieser Revolutionsfeier verdient noch bemerkt zu werden, daß sich mehrere Geistliche, na-

mehrlich in der Vorstadt St. Germain, an jenem Tage weigerten, zum Zwecke der Leichenfeier das Tedeum abzuzügeln.

In Bordeaux soll, wie die „Patrie“ meldet, die Ankunft der Mobilgarde zu Unruhen Veranlassung gegeben haben. Näheres war in Paris noch nicht bekannt.

Über die Ausschließung der Beamten von der Wahlkandidatur — es versteht sich von selbst, daß diese Ausschließung sich nur auf den Bereich des Departements erstreckt, in welchem die Abgeordneten functioniren — äußert sich ein Pariser Correspondent der „Kölnischen Zeitung“ folgendermaßen: An dem Tage, an welchem vor einem Jahre der Ruf: „es lebe die Reform!“ aus der Mitte der Nationalgarde erscholl und das Ministerium Guizot zum Falle brachte, an dem Abend, an welchem die Nachricht von diesem Sturze Paris in Jubel versetzte, hat die Nationalversammlung eine dieser Reformen, für welche man damals sich heiser geschrien, so radical als nur möglich zum Gesetz erhoben. Die Einen nennen das eine demokratische, die Andern eine aristokratische Reform; wir unsrerseits finden weder die eine noch die andere Bezeichnung richtig, wären aber verlegen, eine andere Bezeichnung als die der Reaction dafür zu finden. Von einem Extrem ist man in das andere verfallen, und täuschen wir uns nicht, das neue Extrem ist in seinen Folgen gefährlicher als das alte, und gerade für die Republik, um deren Schutz man die Ausschließung der Beamten aus dem Parlamente decretert hat. Von vorn herein macht sich die Republik einen eben so zahl-, als durch seine Stellung und Intelligenz einflussreichen Stand zum Feinde, der ihr außerhalb der Kammer bei Weitem gefährlicher werden muß, als innerhalb derselben. Mag man bei dieser Ausschließung der Beamten consequent mit dem Ursprung der Revolution gewesen sein, so ist man doch nichts weniger als consequent mit dem Grundsatz des allgemeinen Stimmrechts, mit dem Prinzip der Volkssoveränität geblieben. Nach der Ansicht der socialistischen Demokraten ist dieses Recht und diese Souveränität schon dadurch verlegt, wenn man das Volk verhindert, einen wegen Diebstahls Verurtheilten zum Vertreter zu wählen; dieselben Demokraten finden aber weder das allgemeine Stimmrecht noch die Volkssoveränität verlegt, wenn man die souveränen Wähler verhindert, einen Beamten in die Kammer zu schicken! Kraft dieser Logik kann das Volk entscheiden, ob ein als Dieb Verurtheilter von Haus aus unschuldig war, ob er wieder ein grundehrlicher Mensch geworden, nicht aber, ob ein Beamter für seine persönlichen oder für die allgemeinen Interessen in der gesetzgebenden Versammlung thätig sein werde. Wenn das nicht Anarchie der Begriffe ist, dann wissen wir nicht, wo sie sich sonst in der Revolution deutlicher herausstellt. In dieser Anarchie liegt allerdings die ganze Kraft der socialistischen Partei; wie könnten aber die sogenannten gemäßigten Republikaner ihre Huchelei so weit treiben, daß sie den Socialisten auf mehr als halbem Wege in dieser Verwirrung der Begriffe folgten!

Das „Journal des Debats“ widmet in seiner heutigen Nummer der Eröffnung der preußischen Kammern seine Aufmerksamkeit. „Wird das in zwei Kammern getheilte preußische Parlament von 1849 glücklicher und ruhiger sein als die Nationalversammlung von 1848?“ fragt das alte Organ der rechtlichen Mitte. Ungeachtet der in den letzten Tagen etwas besser gewordenen Aussichten ist es dennoch ziemlich schwer, sich dessen versichert zu halten. Es gibt zu viele schwedende Fragen, zu große Leidenschaften, die sich bekämpfen wollen, und die Streitkräfte der Parteien sind zu gleich, als daß sich voraussegen ließe, die eine oder andere würde den Kampfplatz ohne Schwerpunkt räumen.“ Der Verfasser des Aufsatzes gibt nun eine ausführliche Schilderung der Parteien, wobei er von dem Hof in Potsdam sagt: „Malheureusement on a toujours le tort à Potsdam de se mettre en route trop tard pour

arriver à propos!“ Nachdem er ferner befürchtet, daß der pommersche Adel mit der äußersten Linken gemeinschaftliche Sache machen dürfte, weil dem einen Theile die octroyierte Verfassung zu freinig, dem anderen zu octroyirt sei, gibt er nach einer ziemlich pikanten Schilderung der Parteien, folgenden Rath: „Im Angesicht dieser Gefahren, deren Folgen sich nicht berechnen lassen, haben alle diejenigen, welche weder die Abenteuer noch die Ereesse lieben, nur Eine Politik zu befolgen: die Politik der Einigkeit!“

**Strasburg**, 26. Febr. (M. J.) Nie hat sich wohl eine feindlichere Stimmung gegen das Ministerium fundgegeben als bei der gestrigen Revue der Nationalgarde, wo aus allen Reihen der Ruf erscholl: „Nieder mit dem Ministerium, es lebe die Republik!“ Dadurch, daß man zwischen Militär und Bürger eine Scheidewand ziehen will, welche ganz den republikanischen Grundsätzen zuwider ist, mehrt sich das Misstrauen gegen die oberste Verwaltung, der man nicht mit Unrecht den Gedanken zuschreibt, ein tüchtiges Säbelregiment einführen zu wollen. Blickt man auf das, was uns die republikanische Regierungsform, wie sie jetzt gehandhabt wird, bietet, so findet man freilich, daß unsere politischen Errungenschaften außer dem allgemeinen Stimmrechte in gar keiner Weise den Wünschen der verschiedenen Volksklassen entsprechen. Republikaner und Monarchisten sind in jeder Beziehung gleichmäßig getauicht.

### Niederlande.

**Haag**, 25. Febr. Die erste Kammer hat ihre Antwort auf die Thronrede votirt; dieselbe ist gleichfalls eine Umschreibung der Thronrede mit einem Zusatz des Hrn. Groeninx van Coelen, in welchem es heißt, daß die Kammer Angesichts liberaler Institutionen, die Nothwendigkeit einer starken Regierung anerkennt. Die Kammer verspricht der Regierung ihre loyale Mitwirkung, empfiehlt das System der Ersparnisse und drückt die Hoffnung aus, daß die Differenz mit dem deutschen Bunde über Limburg, auf Grund der bestehenden Verträge, werde beseitigt werden können.

### Wachstum.

**Berlin**, 27. Febr. Die „Parlamentscorrespondenz“ kann aus zuverlässiger Quelle die Mittheilung machen, daß der König auf Ansuchen des Generalsteuereidirector Kühne die Entlassung derselben angenommen hat, und daß an seine Stelle der geheime Oberfinanzrath Pommerecke I. zum Generalsteuereidirector und gleichzeitig zum Unterstaatssekretär im Finanzministerium ernannt werden wird. Der Herr v. Bonin, Finanzminister im Ministerium Pfuel, soll sich entschieden geweigert haben, die oberste Leitung der Finanzen wieder anzunehmen.

■ **Würzburg**, 27. Febr. Die Parteien verbeissen sich hier täglich und ständig mehr, und schon die täglichen Verzeichnisse der in beiden Kammern einlaufenden Adressen für und gegen die Grundrechte u. s. w. müssen demjenigen, dem der Widerwillen an solchem Thun und Treiben nicht Muth und Lust zu deren Lecture raubt, den vollzähligen Beweis liefern, daß sich das Corps der gegenseitigen Wühler und Treiber des allergefährlichsten Theils der Massen bemächtigt hat, um sie in's Feuer zu führen. Das ist eine traurige Wahrnehmung für den Vaterlandsfreund, denn er muß in ihr einen jener vielen negativen Belege für die alte Behauptung wieder finden, nach welcher die Deutschen zur Freiheit nicht sollen gelangen können, weil sie aller Würdigkeit und Fähigung zu derselben von Natur aus entbehren. Der Linken hat der zahlreiche Besuch des Arbeiterbankets, und daß gerade von ihr aus die Festordner blutroth-republikanischen Calibers gestellt wurden, in der öffentlichen Meinung keinen Vortheil gebracht. Man weiß doch ungefähr, was aus solchen Sympathien hervorgehen kann und soll, man erkennt auch recht wohl das Maß von Kräften, welches zu Erreichung der schlecht verborgenen Zwecke aufgewendet werden will, und darum missbilligt man, ja man verabscheut Schritte, die wahrhaftig nicht geeignet sind, der guten Sache des Fortschritts Vorschub zu leisten. In diesem Augenblieke soll eine öffentliche Sitzung der Abgeordneten beginnen. Der Tagesordnung nach ist sie unbedeutend, aber das Publikum erwartet pikante Ausbeute aus Interpellationen, und hat daher die Galerien seit früher Morgenstunde belagert. In Nymphenburg schwiebt die neue Frage, ob man sogleich vertagen, oder nach dem früheren Plane erst die Kammern über den Gesetzentwurf für Aufbringung der an die Zentralgewalt zu leistenden Geldbeiträge vernehmen will. Die Frage ist in diese neue Phase gekommen, weil man über die Rückäußerung der einen wie der andern Kammer nicht im geringsten Zweifel sein kann. Schwerlich wird die Abgeordnetenkammer nur auf eine Discussion des Gesetzentwurfs eingehen, wenn er nicht in ganz abgeänderter Form aus dem Ausschusse hervorgeht. Wäre der ministerielle Zweck nicht ein ganz anderer gewesen, als der, von den Kammern die fragliche Million auf dem Wege der Steuererhöhung bewilligt zu erhalten, so müßte man sich auch fürwahr nicht wenig darüber wundern, wie das zurückgetretene Ministerium — an dessen Wiedermöglichkeit denn auch nunmehr gar Niemand glauben kann — sich in demselben ein derartiges Unfähigkeitszeugnis hat ausstellen mögen. Das gibt denn begründete Veranlassung, täglich ein Paar neue Ministerlisten in Umlauf zu setzen, die in ihren verschiedenen Richtungen soweit auseinander gehen, daß wir auf der einen die Herren v. Abel und v. Oberkampf, auf der andern dagegen Willrich, Stockinger u. s. w. wiederfinden, nur selten aber Namen antreffen, deren Träger man als in Nymphenburg und in den beiden Kammern zugleich möglich betrachten könnte. Darum muß man denn auch wohl oder übel auf die Auflösungsfrage zurückkommen. Es ist dieser Zustand ein rein unerträglicher geworden; es muß nach der einen oder andern Seite hin zur Entscheidung kommen, darüber sind Alle einverstanden und Alle schenken sich wahrhaft nach dem entscheidenden Augenblitze. Aus Frankfurt erwartet die Lösung Niemand mehr, man

hat nur noch Vertrauen auf Selbsthilfe. Ob man — und auf welcher der beiden Hauptseiten vorzugsweise — dabei seine Kräfte überschlägt, oder ob man überhaupt nicht mehr Willen und Neigung, sowie Bedürfnis, als wie wirkliche Fähigung besitzt, das müssen wir freilich dahin gestellt sein lassen. Nur weiter, vorwärts, zur Entscheidung ruft Jedermann — weil Jedermann hinaus will aus den Nöthen des Augenblicks.

Der „Alt. M.“ bestätigt die von andern Blättern gegebene Nachricht von der Anwesenheit des Grafen Neenlow-Farve in Kopenhagen und berichtet, daß der Zweck derselben dahin gerichtet sei, einen vor kurzem von der gemeinsamen Regierung in voller Übereinstimmung mit der Reichsgewalt, so wie mit der preußischen Regierung und den Vertretern anderer Großmächte an den König gerichteten schriftlichen Antrag auf erneute Anerkennung des durch die Malmöer Convention für die Dauer des Waffenstillstandes vereinbarten Rechtszustandes (und somit der gemeinsamen Regierung selbst) durch seine mündliche Befürwortung zu unterstützen. In Folge dieser Sendung und als Zeichen der Anerkennung des bestehenden Verhältnisses werde (fügt der „Merkur“ hinzu) die Sendung eines königlichen Commissärs in die Herzogthümer nach Maßgabe des Art. 8 der Malmöer Convention erwartet.

\* **Mainz**, 28. Febr. Die heutige Beilage zur „Oberpostamts-Zeitung“ bringt eine Nachricht von hier, wonach der Dirigent der Regierung von Rheinhessen, Freiherr v. Dalwigk, in den Staatsrat nach Darmstadt versetzt, und der Generaladvocat an hiesigem Obergerichte, Herr Dr. Greve, an dessen Stelle getreten wäre. Wir können aus sicherster Quelle versichern, daß dem nicht so ist, und daß diese Nachricht lediglich aus einem ungegründeten Gerüchte geschöpft ist.

### Börsenbericht.

■ **Frankfurt**, 28. Febr. Auch an heutigem Abrechnungstag für Monat Februar hatte die Börse ein festes Ansehen, alle Fonds waren begehrte, und für diverse Effecten so wie auch für Eisenbahnactien waren Theilweise noch höhere Preise als gestern zu bedingen. 5pEt. Metall. 74<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt. G., 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt. do. 39<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt., Wiener Bankactien wie zu Wien beliebter: 1185 fl., 500 fl. Voos 125<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt. G., 250 fl. Loos 79<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt. Von den übrigen Anleihesloosen stellen sich Kurhess. 40 Rthlr. Voos 27<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Rthlr., Badische 35 fl. Voos 28<sup>1</sup>/<sub>2</sub> fl., do. 50 fl. Voos 45<sup>1</sup>/<sub>2</sub> fl., Darmstädter 25 fl. Voos 22<sup>1</sup>/<sub>2</sub> fl., do. 50 fl. Voos 69<sup>1</sup>/<sub>2</sub> fl., Nass. 25 fl. Voos 20<sup>1</sup>/<sub>2</sub> fl. Sard. Voos 29<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Fr., Poln. 500 fl. Voos 74<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Rthlr. Süddeutsche Obligationen preishaltent. Von Belg. 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt. Obligationen 43<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, do. 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt. 84<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 5pEt. do. 90<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt. Holländische 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt. Integralen stauer wie zu Amsterdam 49<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. Von Eisenbahnen war auch heute lebhafte Nachfrage für Friedrich-Wilhelms-Nordbahn, der Cours benannter Bahnen bleibt sehr fest, 37<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Rthlr., Verbach 74<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt., Köln-Minden 79 pEt., Taunus 287 fl. In 3pEt. inländ. Span. herrsche wieder vi. Leben; benannte Fonds, bis zu 23 pEt. verhandelt, schließen 22<sup>1</sup>/<sub>2</sub> à 23 pEt. Von Wechseln London 1. Sicht 120<sup>1</sup>/<sub>2</sub> G., do. 1. Sicht 120<sup>1</sup>/<sub>2</sub> G., Hamburg 88<sup>1</sup>/<sub>2</sub> gemacht. Wiener fester 106<sup>1</sup>/<sub>2</sub> G., Amsterdam 100<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Leipzig 105<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, Berlin 105<sup>1</sup>/<sub>2</sub>.

■ **Wien**, 24. Febr. 5pEt. Metall. 82<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. — 4pEt. 66. — 3pEt. — 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt. 44. — Bankactien 1115. — 500 fl. Voos 144. — 250 fl. Voos 88<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. — Nordbahnactien 99. — Gloggnitzer 94. — Mailänder 63.

Auf die Nachricht von der Einnahme Peterwardeins und in Folge höherer Pariser Course zeigte sich auch hier an unserer heutigen Börse eine bessere Stimmung.

■ **Berlin**, 27. Febr. Staatsschuldscheine 80 bez. u. G., Seehandlungs-Prämienscheine 98<sup>1</sup>/<sub>2</sub> G., Bankantheile 88 und 88<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bez., Berlin-Hamburg 50<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bez. u. Br., Köln-Minden 78<sup>1</sup>/<sub>2</sub> u. 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bez., Friedrich-Wilhelms-Nordb. 36<sup>1</sup>/<sub>2</sub> u. 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bez. u. G., Rheinische 49<sup>1</sup>/<sub>2</sub> bez. u. G., Thüringische 50 bez., Russische 4pEt. bei Stieglitz 37 Br., Poln. 500 fl. Voos 74<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Klgt. bez., ditto 300 fl. Voos 101 Br., Kurhess. Prämien, à 40 Rthlr. 27<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Br., Neue Bad. Anl. à 35 fl. 16<sup>1</sup>/<sub>2</sub> etw. bez.

Die Course der Fonds sowohl als die der Eisenbahn-Actien waren auch heute im Ganzen fest; von letzteren aber einige etwas besser bezahlt.

■ **Amsterdam**, 26. Febr., 4 Uhr. 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt. Integr. 49<sup>1</sup>/<sub>2</sub> 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> — 3pEt. Schuld 58<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> — 4pEt. 78, 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> 78. 3pEt. Ard. 11<sup>13</sup>/<sub>16</sub>. — do. à 510 Pf. St. 11<sup>3</sup>/<sub>4</sub>, 11<sup>11</sup>/<sub>16</sub>. — 3pEt. inländ. à 6000 fl. 22<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. — 3pEt. Portug. 25<sup>3</sup>/<sub>4</sub>. — 4pEt. do. 26<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. — Russ. 4pEt. bei Hope 81<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. — 5pEt. Metall. 70<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. — 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> pEt. do. 37<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub>.

■ **Paris**, 26. Febr. Stand der Rente: 5pEt. 82. 90. — 3pEt. 51. 20. — Neue 82. 95. — Neue 3pEt. Span. 22<sup>1</sup>/<sub>2</sub>. — Bankactien 2330. — St. Germain-Eisenbahn 440. — Versailles, rechtes Ufer 200 — linkes Ufer 170. — Paris-Orleans 830. — Paris-Rouen 530. — Orleans-Bordeaux 420. — Orleans-Bierzon 357. 50. — Rouen-Havre 348. 75. — Marseille-Avignon 220. — Strasburg-Basel 110 — Nordbahn 467. 50. — Paris-Strasburg 370. — Rön. Anlehen 66. 67.

Das Geschäft war sehr bedeutend. Die Course der Rente und Bankactien in Folge der Nachrichten aus Italien etwas niedriger.

Die Redaction ist er sucht um Aufnahme folgender

### Berichtigung:

Durch ein mit unerklärlichem Versehen ist unter den Abdruck eines von in breiteren hannover'schen Abgeordneten zur Reichsversammlung gemeinschaftlich an Herrn Lang I. und Gesinnungsgenossen erlassenen Schreibens vom 20. Februar der Name unseres Präsidenten Simon gelegt, dagegen die Unterschrift des Abgeordneten Längel ausgetilft. Ich erüche alle Redactionen, welche jenes Schreiben aufgenommen haben, diesen Irrthum zu berichtigen.

Frankfurt, den 28. Februar 1849.

C. Th. Gravenhorst.

Berichtigung. Das Telegraphenbureau und der heute eingegangene „Staatsanzeiger“ bestätigt dies. Zeigt an, daß in der vierten Zeile der Thronrede nach dem Punkte ein Irrthum sich vorgefunden. Statt daß der Satz mit dem Worte „Unfreiwillig“ beginnt, muß es heißen: „Zugleich habe Ich ic.“

Berantwortlicher Redakteur: Dr. H. Malte.

